



Pressemitteilung

Bündnis für Widerspruchs- und Klageverfahren gut gewappnet

Das ‚Bündnis für eine kohlekraftwerksfreie Region Mainz Wiesbaden e.V.‘ hat heute in der katholischen Kirche St. Bernhard in Mainz-Bretzenheim die Klägeranwälte vorgestellt.

Nachdem die Kommunen Eltville, Walluf, Wiesbaden, des weiteren der Rheingau-Taunus-Kreis und sogar die Stadt Mainz nun Widerspruch gegen den Vorbescheid eingelegt haben, wurde heute vom Bündnis der Rechtsanwalt Dr. Klinger vorgestellt, der neben den Kommunen Eltville, Walluf und dem Rheingau-Taunus-Kreis die vom Bündnis betreuten Privatkläger im Widerspruchsverfahren vertreten wird.

Dr. Klinger sieht alle Chancen, das Kohlekraftwerk zu verhindern. „Der Bescheid ist sehr oberflächlich ausgefallen. Die sehr hohe Vorbelastung des Rhein-Main-Gebietes wird völlig außer Acht gelassen. Hier ein solches Vorhaben zu realisieren ist vollkommen absurd“, so Rechtsanwalt Dr. Klinger.

Sein Kollege und Bündnis-Vorstandsmitglied Rechtsanwalt Carl Christian Müller, der neben Tabea Rößner weitere Privatkläger vertreten wird, ergänzt: „Besonders deutlich hervorzuheben ist, dass das Kraftwerk für den Energiebedarf der Städte Mainz und Wiesbaden vollkommen überdimensioniert ist. Die Energie, die auf Kosten der Gesundheit der Bürger produziert wird, wird hier vor Ort nicht gebraucht.“

Sein Kollege Teßmer, der den BUND vertritt und den Vorbescheid in den naturschutzrechtlichen Fragestellungen prüft, führt aus: „Der Mainzer Sand - ein einmaliges europäisches Naturschutzgebiet - ist durch die hohe Stickstoffbelastungen des Rhein-Main-Gebietes bereits jetzt stark angegriffen. Hier werden die zusätzlichen Belastungen zu irreparablen Schäden der wertvollen Vegetation führen. Zudem wird eine für besonders geschützte Fischarten nicht mehr tolerable zusätzliche Rheinerwärmung durch das Kühlwasser des Kraftwerks geschaffen und damit gegen bindende Vorgaben des europäischen Naturschutzrechts verstoßen“.

Marc Legg, 1. Vorsitzender des Bündnis, ist nicht nur vor dem Hintergrund der ersten Einschätzung der Anwälte guter Dinge: „Wir sind ein breites Bündnis, in dem neben den politischen Parteien aller Couleur auch die Bürgerinitiativen, Umweltverbände, Kirchen und Kommunen vertreten sind. Wir haben einen langen Atem und werden nicht ruhen, bis das Vorhaben verhindert ist.

Wer jetzt seinen Protest gegen das Kohlekraftwerk demonstrieren will, der ist aufgerufen, dem Bündnis beizutreten, um so den Verantwortlichen vor Augen zu führen, dass die Bevölkerung mit diesem Umweltmonster einfach nicht leben will.“